



Plenarsitzung

14. Dezember 2018, 16:30 Uhr

Protokoll

Vorsitz: Vizepräses André Mücke

Tagesordnung

- 1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 1. November 2018**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
- 3. Antrag von Herrn Dr. Killinger zu Personalangelegenheiten**
- 4. Haushaltsangelegenheiten**
Wirtschaftsplan 2019
- 5. Wahl eines Vorsitzenden für den Ausschuss für Umwelt**
- 6. Berichte**
 - a) Berichte des Präses und des Präsidiums
 - b) Bericht zu Plan A / Ausbildungsfonds
 - c) Berichte aus den Ausschüssen
 - d) Bericht der Hauptgeschäftsführerin
 - e) Aktuelles aus der Mitte des Plenums
 - f) Bericht der Wirtschaftsunioren
- 7. Positionierung zum Thema Uploadfilter**
- 8. Anträge**
 - a) Antrag von Herrn Duphorn et al. zur Reorganisation
 - b) Antrag zur Einsetzung der Projektgruppe „Klimaplan Hamburg“
 - c) Antrag von Herrn Lorenzen et al. zum Thema Mensch und Umwelt
 - d) Antrag von Herrn Pirck zum Thema Hamburg Summit – China meets Europe
- 9. Verschiedenes**

Anwesend:

Herren Vizepräsidentes Elmendorf, Mücke, Frau Vizepräsidentes Rickwardt, Frau Vizepräsidentes Stumpf, Herr Vizepräsidentes Dr. Teichert;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Dürre, Ederhof, Falk, Gehrckens, Goetz, Frau Harbs, Herren Heimsoth, Hellwig, Hocquèl, Holstein, Jakovlev, Jensen, Kaufholz, Dr. Killinger Korff, Kranz, Kröger, Kuhlmann, Lintzen, Dominik Lorenzen, Lorenz-Meyer, Montzka, Frau Nack-Warenycia, Frau Nissen-Schmidt, Herren Perleberg, Pfeiffer, Pirck, Pohle, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Frau Schoras, Herren Selent, Siebold, Sträßner, Tasbilek, Dr. Vogelsang, Wandrey, Frau Wendt-Heinrich, Herr Wöhlke

dauerhafte Gäste im Plenum: Herren Dr. Brüggestrat, Enkerts, Dr. Mecke, van der Schalk

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Aßmann, Frau Beine, Frau Gonnermann, Herren Graf, Grams, Frau Johannigmann, Herren Kornella, Mansutti, Schüßler, Dr. Süß

Herren Anders, Dumschat, Frau Färber, Herren Funke, Dr. Henze (Protokoll), Konow, Frau Schmidt

Entschuldigt fehlen:

Frau Arendt, Herren Costur, Duphorn, Ebert, Enke, Fischer, Frau Canbolat, Herren Gent, Hanneforth, Holler, Koopmann, Dr. Kruse, Daniel Lorenzen, Frau Meier, Herr Platz, Frau Rohwedder, Herren Schmelzer, Thies, Wendt-Reese

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 49 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal. Die Beschlussfähigkeit von mindestens 33 Abstimmungsberechtigten war bei jeder Abstimmung der Sitzung gegeben.

Herr Vizepräsident Mücke begrüßt die Anwesenden und die Gäste. Vor dem Einstieg in die Tagesordnung führt Herr Vizepräsident Mücke aus, dass er mit Frau Nissen-Schmidt ein neues Plenarmitglied begrüße. Frau Nissen-Schmidt sei für Herrn Altpräsident Bergmann aus der Wahlgruppe Beratung nachgerückt, da Herr Altpräsident Bergmann am vergangenen Samstag, den 8. Dezember 2018, neben seinem Amt als Präsident sein Plenarmandat niedergelegt habe. Frau Nissen-Schmidt, Partner Assurance bei der Ernst & Young GmbH, sei bereits von 2011 bis 2017 Mitglied des Plenums gewesen. Daraufhin übergibt er das Wort an Frau Nissen-Schmidt, die sich den Anwesenden kurz vorstellt. Frau Nissen-Schmidt erklärt, dass sie seit fast 30 Jahren bei der Ernst & Young GmbH als Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin tätig sei und somit die Belange der mittelständischen Unternehmen kenne. Darüber hinaus sei sie auch ehrenamtlich in der Nordkirche, in Sportvereinen sowie in dem Verband deutscher Unternehmerinnen engagiert. Bei der Handelskammer sei sie Mitglied des Bildungsausschusses, ebenso des Bildungsausschusses des DIHK. Frau Nissen-Schmidt erklärt, dass sie sich freue, wieder Mitglied des Plenums zu sein. Dem Rücktritt von Herrn Altpräsident Bergmann zolle sie Respekt – es sei ihm allerdings nach dem Wahlsieg im Jahr 2017 nicht gelungen, die großen Versprechen umzusetzen. Herr Vizepräsident Mücke dankt Frau Nissen-Schmidt und wünscht eine gute Zusammenarbeit für die verbleibende Zeit dieser Wahlperiode.

Daraufhin geht Herr Vizepräsident Mücke auf die Vorkommnisse der vergangenen Tage ein. In dieser Zeit sei zuerst Herr Altpräsident Bergmann am 8. Dezember 2018 von seinem Amt als Präsident und von seinem Plenarmandat zurückgetreten. Im Anschluss sei Herr Dr. Killinger am vergangenen Montag von seinem Amt als Vizepräsident zurückgetreten. Auch Frau Vizepräsident Rickwardt, Herr Vizepräsident Elmendorf, Herr Vizepräsident Dr. Teichert und er selbst hätten wenig später erklärt, zum 24. Januar 2019 von ihren Ämtern als Vizepräsidenten zurückzutreten.

Herr Vizepräsident Mücke erklärt daraufhin im Namen des verbliebenen Präsidiums, dass sie den Rücktritt von Herrn Altpräsident Bergmann mit Respekt zur Kenntnis nehmen würden. Tobias Bergmann habe seit seiner ersten Wahl in das Plenum der Handelskammer im Jahr 2011 wichtige Impulse für die Zukunft unserer Handelskammer gesetzt. Durch seine Arbeit sei die Handelskammer transparenter und demokratischer geworden – was insbesondere dem Wunsch des Plenums entspreche. Nach der letzten Plenarwahl im Jahr 2017 sei Tobias Bergmann zum 234. Präsident gewählt worden. In dieser Zeit habe er wichtige Anstöße für eine neue, grundlegende Satzungs- und Organisationsreform gegeben. Auch fielen richtungweisende Beitragssenkungen sowie Maßnahmen zur Kostensenkung für eine sparsamere Kammer in seine Arbeit als Präsident. Das Präsidium danke Herrn Bergmann für seinen großen Einsatz für die Handelskammer und deren Mitgliedsunternehmen.

Weiterhin betont Herr Vizepräsident Mücke, dass es ihm ein Anliegen sei, die Mitglieder des Plenums über den weiteren Fahrplan zu informieren, der sich aus dem Rücktritt ergebe. Am vergangenen Dienstag sei dies bereits per HK Connect geschehen, gerne möchte er dies aber auch heute persönlich wiederholen. Die Vizepräsidenten Diana Rickwardt, Kai Elmendorf, Dr. Torsten Teichert und er selbst würden den Zeitpunkt für einen Neustart im Präsidium der Handelskammer Hamburg gekommen sehen. Aus diesem Grund würden sie zum 24. Januar 2019 zurücktreten und damit den Weg für Neuwahlen freimachen.

An diesem Tag werde Herr Vizepräsident Mücke als Vertreter des Präses eine Sondersitzung des Plenums einberufen, in der zunächst der Präses und anschließend die vakanten Sitze der Vizepräsidenten der Handelskammer durch die Plenarmitglieder neu gewählt würden. Ziel der Neuwahlen sei es, das neue Präsidium durch eine breite Legitimation zu stärken und uneingeschränkt handlungsfähig zu machen. Sie würden sich von diesem Schritt erhoffen, dass dieser in der Führung neue Kräfte freisetze, um den Reformkurs der Handelskammer fortzusetzen. Der gemeinsamer Wille sei es, dass mit den Neuwahlen des Präsidiums die Rückkehr zu themenorientierter Sachlichkeit erfolge, die personelle Selbstbeschäftigung ende und die Handelskammer insgesamt wieder deutlicher als starker, verlässlicher und berechenbarer Interessensvertreter seiner Mitglieder gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Instanzen in Hamburg wahrgenommen werde.

Das Präsidium habe in der Vergangenheit leider oftmals in der Öffentlichkeit kein gutes Bild abgegeben. Herr Vizepräsident Mücke appelliere daher in aller Deutlichkeit an alle, ab sofort wieder ausschließlich dem Wohle der Handelskammer und ihrer Mitglieder zu dienen. Dies müsse bei jeder Überlegung, Diskussion – und insbesondere bei jeder Aussage – die oberste Maxime sein. Der breite, öffentliche Diskurs sei von allen gewollt. Dies setze jedoch auch voraus, Meinungsverschiedenheiten auszuhalten und im Sinne der Sache Kompromisse zu finden und öffentlich geschlossen dazu zu stehen. Dies sei man der Handelskammer und ihren Mitgliedern schuldig. Eitelkeiten sollten von dem heutigen Tage an keine Rolle mehr spielen. Eigeninteressen und Egoismen hätten keinen Platz – weder im Plenum noch im Präsidium. Alle, die sich für die Handelskammer und die Hamburger Wirtschaft positiv engagieren wollten, seien herzlich willkommen.

Bis zur Niederlegung ihrer Ämter würden die verbliebenen Mitglieder des Präsidiums nach vorne gerichtet, offen und dialogbereit mit allen Institutionen, Gremien, Parteien und Personen zum Wohle unserer Mitglieder zusammenarbeiten. In dieser Zeit solle der erfolgreiche Neustart des zukünftigen Präsidiums vorbereitet und unterstützt werden. Die verbliebenen Mitglieder des Präsidiums würden sich darüber hinaus vorbehalten, erneut als Vizepräsident oder Präses zu kandidieren. In diesem Zusammenhang ruft Herr Vizepräsident Mücke dazu auf, sich um die Plätze im Präsidium und um das Amt des Präses zu bewerben.

Darüber hinaus betont Herr Vizepräsident Mücke ausdrücklich, dass am vergangenen Sonntag und Montag alle rechtlichen Handlungsoptionen ausführlich erörtert und juristisch evaluiert worden seien. Die Option einer kompletten Neuwahl des Plenums, die immer wieder von Kritikern des jetzigen Präsidiums gefordert worden sei und werde, bestehe laut Satzung und Wahlordnung der Handelskammer nicht.

Damit schließt Herr Vizepräsident Mücke seine Erklärung und fragt, ob zu diesem Thema eine Aussprache gewünscht sei. Herr Dr. Vogelsang erklärt, dass er die Bestandsaufnahme des Präsidiums begrüße und teile. Allerdings komme er zu einer anderen Einschätzung hinsichtlich der Möglichkeit einer Neuwahl des Plenums. Sollte der Wille dazu vorhanden sein, könne das Plenum eine Neuwahl durch seine Selbstauflösung ermöglichen. Herr Vizepräsident Mücke bittet daraufhin Herrn Graf, den Justiziar der Handelskammer, um eine Bewertung. Herr Graf erklärt, dass das Plenum rechtmäßig auf drei Jahre gewählt worden sei. Sowohl in der aktuell gültigen Wahlordnung als auch in der Satzung der Handelskammer sei dabei kein Recht auf eine Selbstauflösung des Plenums oder eine Verkürzung der Wahlperiode vorgesehen. Daher habe er erhebliche Zweifel, dass eine Verkürzung der Wahlperiode beziehungsweise eine Selbstauflösung des Plenums in der laufenden Wahlperiode rechtssicher umzusetzen sei. Weiterhin erläutert Herr Graf, dass die Vorbereitungen für die kommende turnusmäßige Wahl Anfang 2020 ohnehin bereits begonnen hätten. Würde man die Zeit einkalkulieren, die es benötige, eine Wahl zu organisieren und durchzuführen, würde

man die Wahlperiode durch eine Neuwahl nur um voraussichtlich zwei bis drei Monate verkürzen. Daher stelle sich die Sinnfrage nach einem solch drastischen Schritt. Herr Graf schließt damit, dass er von einer überhasteten Satzungsänderung und einer darauf basierenden Neuwahl abrate. Herr Dr. Vogelsang stellt daraufhin fest, dass er die Aussagen von Herrn Graf im Gegensatz zu Herrn Vizepräsidenten Mücke hinsichtlich der Möglichkeit von Neuwahlen als deutlich vorsichtiger wahrnehme. Herr Vizepräsident Dr. Teichert erwidert, dass er diesen Unterschied nicht gehört habe. Es gehe um die zentrale Frage, ob Neuwahlen rechtssicher möglich seien oder nicht. Dies habe Herr Graf verneint. Würden alle Mitglieder des Plenums zurücktreten, würden die Plätze mit jeweils folgenden Kandidaten in den einzelnen Wahlgruppen aufgefüllt werden, daher würde dies nicht automatisch zu Neuwahlen führen. Herr Vizepräsident Dr. Teichert betont, dass es allen Beteiligten um Rechtssicherheit gehen müsse. Herr Dr. Vogelsang stellt erneut klar, dass aus seiner Sicht „rechtlich unsicher“ nicht „unmöglich“ bedeute.

Daraufhin erklärt Herr Dr. Mecke, dass die Erklärung des Präsidiums zwar gut klinge – der Zustand der Handelskammer sei aus seiner Sicht allerdings alarmierend und Herr Altpäsident Bergmann würde dafür nicht die alleinige Verantwortung tragen, sondern das gesamte Präsidium. Die Handelskammer würde sich nur noch mit sich selbst beschäftigen, es herrsche gegenseitiges Mobbing und Misstrauen im Präsidium. Gutes und erfahrendes Personal aus dem Hauptamt hätte die Handelskammer bereits verlassen müssen und neues Personal habe das Präsidium innerhalb kurzer Zeit beschädigt. Herr Dr. Mecke resümiert, dass es ihn erschüttere, wie die Handelskammer dadurch das national und international hohe Ansehen verspielt habe. Daher erwarte er nun Antworten auf die Frage, warum und wie es nach dem Rücktritt des Großteils des Präsidiums wieder aufwärts gehen solle. Herr Vizepräsident Mücke erklärt daraufhin, dass er mit Herrn Dr. Mecke den Willen teile, den Mitgliedern der Handelskammer und der Stadt zu dienen. Um sich tatsächlich wieder mit Sachthemen zu beschäftigen, schlage er daher vor, in die Tagesordnung einzusteigen. Herr Dr. Vogelsang begrüßt diese Gemeinsamkeit und erkundigt sich, ob dies für alle verbliebenen Vizepräsidenten gelte, da alle von ihnen außer Frau Vizepräsidentin Stumpf ihren Rücktritt erklärt oder angekündigt hätten. Herr Vizepräsident Mücke betont, dass jedes Mitglied des Präsidiums selbst und eigenverantwortlich über einen Rücktritt entscheiden müsse und übergibt das Wort an Frau Vizepräsidentin Stumpf, um ihre Entscheidung erläutern zu können. Frau Vizepräsidentin Stumpf führt aus, dass sie in ihren Zuständigkeitsfeldern, der Reorganisation sowie der Digitalisierung der Handelskammer, bisher sehr gute Sacharbeit geleistet habe und dies gerne weiter fortsetzen möchte. Daher habe sie sich gegen einen Rücktritt entschieden.

Damit schließt Herr Vizepräsident Mücke in die Tagesordnung über.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 1. November 2018

Herr Vizepräsident Mücke erklärt, dass ein Ergänzungswunsch von Herrn Dr. Mecke bezüglich seines entschuldigenden Fehlens bei der Sitzung per HK Connect eingegangen sei und dies in das Protokoll eingearbeitet werde. Daraufhin fragt Herr Vizepräsident Mücke, ob es noch weitere Anmerkungen zu dem Protokoll gebe. Frau Nissen-Schmidt erkundigt sich nach der Beschlussempfehlung zu TOP 4 (Wirtschaftsplan 2019) der gegenwärtigen Sitzung. Diese gehe auf den in der Plenarsitzung am 1. November 2018 geänderten Beschluss zum Nachtragswirtschaftsplan 2018 ein. Die Änderung umfasse 33.000 Euro, die an eine ehemalige Mitarbeiterin gezahlt worden sei. Diese Änderung sei im Protokoll der Sitzung vom

1. November jedoch nicht enthalten. Herr Kornella erklärt, dass es sich hierbei um einen Fehler im Protokoll handle. Der Nachtragswirtschaftsplan sei am 1. November samt der Änderung beschlossen worden. Die entsprechende Passage im Protokoll werde korrigiert. Herr Perleberg geht auf eine Passage des Protokolls auf Seite 12 (zu TOP 6, „Hamburg Summit“) ein. Dort hieße es, dass das Befassen mit dem Thema „Menschenrechte“ nicht Aufgabe der Wirtschaft, sondern der Politik sei. Von dieser Auffassung möchte er sich entschieden distanzieren. Speziell im Nachgang der Verlegung der Stolpersteine wenige Monate zuvor sei eine solche Aussage seiner Meinung nach ein Schlag ins Gesicht für Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Darüber hinaus bitte er darum zu prüfen, inwieweit die Mitglieder des Plenums die Möglichkeit erhalten könnten, sich die Tonspur der Plenarsitzungen im Nachgang anzuhören. Herr Vizepräsident Elmendorf erklärt, dass es keine Einwilligung der Plenarmitglieder gebe, die Aufzeichnung der Sitzung zu verwenden, daher könne die Tonspur nicht zur Verfügung gestellt werden. Ob es zulässig ist, die Tonspur bei Rückfragen in den Räumen der Handelskammer anzuhören, werde geprüft.

Daraufhin genehmigt das Plenum das Protokoll der letzten Plenarsitzung vom 1. November 2018 in der korrigierten Version mit 44 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

TOP 2: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Pirck beantragt die Tagesordnungspunkte 8d („Antrag von Herrn Pirck zum Thema Hamburg Summit – China meets Europe“) sowie 8a („Antrag von Herrn Duphorn et al. zur Reorganisation“) unmittelbar vor dem Tagesordnungspunkt 4 („Haushaltsangelegenheiten“) zu behandeln, da die Beschlüsse zu den Anträgen Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan 2019 haben könnten. Frau Nissen-Schmidt bittet darum, den Tagesordnungspunkt 8b („Antrag zur Einsetzung der Projektgruppe „Klimaplan Hamburg“) von der Tagesordnung zu nehmen und in die Zuständigkeit des betreffenden Ausschusses zu übergeben. Herr Vizepräsident Mücke stimmt dem Vorschlag von Herrn Pirck zu – die betreffenden Tagesordnungspunkte würden vorgezogen. Bezüglich der Anregung von Frau Nissen-Schmidt erläutert Herr Vizepräsident Mücke, dass alle Organe der Handelskammer die Möglichkeit hätten, Projektgruppen einzurichten. Daher sei es zulässig, dass das Plenum zu diesem Tagesordnungspunkt einen Beschluss fasst. Zudem kündigt Herr Vizepräsident Mücke an, dass der Tagesordnungspunkt 6f („Bericht der Wirtschaftsunioren“) auf die kommende Sitzung des Plenums im Februar 2019 verschoben werde und dass eine Neufassung des Antrages zu dem Tagesordnungspunkt 8a („Antrag von Herrn Duphorn et al. zur Reorganisation“) vorliege. Dieser sei auch als Tischvorlage in seiner aktuellen Version ausgelegt. Herr Lorenzen erklärt, dass er den Antrag unter Tagesordnungspunkt 8c („Antrag von Herrn Lorenzen et al. zum Thema Mensch und Umwelt“) angesichts der Bedeutung des Antrags und der Zeitnot in der gegenwärtigen Sitzung ebenfalls auf die kommende Sitzung des Plenums im Februar verschieben werde.

Damit wird die Tagesordnung der Sitzung vom 14. Dezember 2018 mit den vorgeschlagenen Änderungen vom Plenum verabschiedet.

TOP 3: Antrag von Herrn Dr. Killinger zu Personalangelegenheiten

Herr Vizepräsident Mücke erklärt, dass der Präses – in diesem Fall er selbst als dessen kommissarischer Vertreter – gemäß § 7 Absatz 6 Satz 3 der Satzung bei einzelnen Gegenständen die Öffentlichkeit ausschließen könne. Wenn das Thema spontan angesprochen werde, würde der Präses zunächst fragen, ob eine Diskussion vom Plenum gewünscht werde und würde darauf hinweisen, dass diese Diskussion gegebenenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen werde. Sollte das Plenum mehrheitlich eine Diskussion zum Thema beschließen, werde die Übertragung unterbrochen und die Gäste (auch die Ausschussvorsitzenden) würden gebeten, den Raum zu verlassen.

Herr Vizepräsident Mücke kündigt an, dass er für den gegenwärtigen Tagesordnungspunkt von diesem Recht Gebrauch machen werde, da es sich hierbei um eine Personalangelegenheit handle und die Persönlichkeitsrechte der betreffenden Personen gewahrt werden müssten. Daher bitte er alle Anwesenden, die nicht Mitglieder des Plenums sind, den Sitzungssaal für diesen Tagesordnungspunkt zu verlassen. Von den Mitarbeitern dürften nur diejenigen im Raum bleiben, die einen dienstlichen Grund dafür hätten, der Protokollführer, die Mitglieder des Personalrats, der Bereichsleiter Zentrale Aufgaben, die Leiterin Personal und der Datenschutzbeauftragte. Die Übertragung werde für diese Zeit unterbrochen. Alle dann noch Anwesenden erinnere er an ihre Pflicht zur Verschwiegenheit.

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit und damit vertraulich behandelt und nicht protokolliert.

Das Plenum stimmt in einer anonymen Abstimmung dem Antrag von Herrn Dr. Killinger zu Personalangelegenheiten mit 42 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zu.

TOP 8 Anträge

a) Antrag von Herrn Duphorn et al. zur Reorganisation

Herr Vizepräsident Elmendorf erläutert, dass der ursprünglich in der Tagesordnung angekündigte Antrag von Herrn Duphorn et al. zurückgezogen worden sei. Stattdessen gebe es nun einen Antrag des Präsidiums bezüglich der Reorganisation. Dieser würde folgende Punkte enthalten:

1. Die Reorganisation der Handelskammer verlaufe derzeit nicht zur vollkommenen Zufriedenheit des Plenums.
2. Das Präsidium werde beauftragt zu prüfen, ob die Arbeit der Satzungskommission Anpassungen des Reorganisationsprozesses erforderlich mache.
Ziel sei eine bessere Verzahnung des Reorganisationsprozesses mit der Arbeit der Satzungskommission.
3. Um dem neuen Präsidium nicht vorzugreifen, gebiete es der sorgsame Umgang mit den Zwangsbeiträgen, während dieser Phase bis zur Neuwahl des Präsidiums keine neuen Beraterverträge über die Restrukturierung abzuschließen.
Diese Entscheidung solle in der Kompetenz des neuen Präsidiums liegen.
4. Das Präsidium solle sich insbesondere mit der Frage der Services auseinandersetzen. Eine Entscheidung über den Umfang und die Art der in Zukunft angebotenen Services solle in der April-Sitzung des Plenums erfolgen.

Dies beinhalte insbesondere die Frage, inwiefern und in welchem Umfang die Handelskammer in Konkurrenz zu ihren eigenen Mitgliedern treten solle.

Nach den Ausführungen von Herrn Vizepräsident Elmendorf eröffnet Herr Vizepräsident Mücke die Aussprache zu diesem Thema. Frau Vizepräsident Stumpf erkundigt sich, ob es Fristen zur Unterzeichnung der neuen Beraterverträge gebe, die durch einen Aufschub der Entscheidung verletzt würden. Frau Schoras äußert sich sehr verwundert über den vorgelegten Antrag des Präsidiums. Herr Pirck hätte in den vergangenen Sitzungen mehrfach sehr ähnliche Anträge in das Plenum eingebracht. Diese seien mit der Begründung, dass der Prozess der Reorganisation sehr gut verlaufe, allesamt abgelehnt worden. Dieser Sinneswandel im Präsidium sei für sie sehr schwer nachvollziehbar. Herr Pirck stimmt Frau Schoras zu. Zudem könne er die mehrfache Veränderung des Antrages nicht nachvollziehen. Dieser sei in der ersten Fassung sehr nahe an seinem eigenen Antrag aus dem September-Plenum gewesen. Auch mit der zweiten Fassung wäre er – bis auf die Wortwahl der „Zwangsbeiträge“ – einverstanden gewesen. Die aktuelle Fassung sei ihm jedoch zu weich formuliert. Darüber hinaus erkundigt sich Herr Pirck bei Frau Degen nach den Ergebnissen der Mitarbeiter-Befragung zur Zufriedenheit mit dem Reorganisationsprozess. Frau Degen hätte ihm im November die Übermittlung der Ergebnisse im Vorwege der gegenwärtigen Sitzung zugesichert. Er habe diese jedoch bis heute nicht erhalten. Herr Falk schließt sich der Meinung von Frau Schoras und Herrn Pirck an. Ihm sei völlig unklar, wie das Präsidium plötzlich zu der Erkenntnis kommen konnte, dass die Reorganisation nicht zur Zufriedenheit verlaufe, nachdem in den letzten Monaten stets Gegenteiliges behauptet worden sei. Auch für die Mitarbeiter der Handelskammer würde durch den Kursschwenk die ohnehin schon große Unsicherheit weiter zunehmen. Er fordere daher eine Stellungnahme des Präsidiums. Frau Schoras ergänzt, dass für die bisherigen Schritte bereits viel Geld ausgegeben worden sei, unter anderem für die Begleitung durch Pawlik Consultants. Dies sei nie hinterfragt worden. Der Stimmungswandel sei daher unverständlich. Herr Holstein führt aus, dass Herr Pirck die Kritik ausspreche, die viele Mitglieder des Plenums teilen. Noch sei der Antrag allerdings nicht verabschiedet und somit nicht die Auffassung des Plenums. Da er selber ebenfalls nicht alle Punkte des Antrages unterstützen würde, schlage er vor, über alle vier Punkte des Antrages einzeln abzustimmen.

Herr Vizepräsident Elmendorf antwortet, dass sich der Antrag des Präsidiums von den vorherigen Anträgen von Herrn Pirck deutlich unterscheide. Seine Intention sei es ausdrücklich nicht, den Prozess der Reorganisation zu stoppen. Der Prozess solle lediglich überprüft und parallel korrigiert werden. Das Präsidium sei mit dem Prozess nicht voll zufrieden, aber generell durchaus zufrieden. Durch die Rücktritte, beziehungsweise deren Ankündigungen der vergangenen Tage, habe sich die Situation zudem verändert, sodass es das Präsidium als wichtig erachte, die weiteren Entscheidungen dem neu zu wählenden Präsidium zu überlassen. Nur so könne dem neuen Präsidium maximale Gestaltungsmöglichkeit ermöglicht werden. Die aktuelle Version des Antrages sei aus seiner Sicht nicht zu vage. Sie sei das Ergebnis eines Konsenses mehrerer Antragssteller, was aus seiner Sicht sehr zu begrüßen sei.

Herr Lintzen hinterfragt die Formulierungen des Antrages. Ihm sei nicht klar, was mit „nicht zur vollkommenen Zufriedenheit“ gemeint sei. Zudem kritisiert er den formulierten Stopp der Unterzeichnung neuer Beraterverträge. Er sei selbst Mitglied der Lenkungsgruppe gewesen, die aus Vertretern des Hauptamtes, des Präsidiums und des Plenums zusammengesetzt worden sei. Es habe ein umfassendes Auswahlverfahren gegeben an dessen Ende sich die Lenkungsgruppe auf einen Bewerber geeinigt hätte. Seiner Ansicht nach sollten diese

Beschlüsse nun nicht in Frage gestellt werden. Dies würde auch das Ansehen der Handelskammer beschädigen.

Frau Degen geht auf die Nachfrage hinsichtlich der Mitarbeiter-Befragung ein. Diese sei erneut durchgeführt worden, da die Mitarbeiter bei der vorherigen Befragung nicht wussten, dass die Ergebnisse dem Plenum vorgelegt werden könnten. Die erneute Befragung sei am Vortag inklusive der Kommentierung durch den Personalrat abgeschlossen worden. Durch ein technisches Problem habe es allerdings die theoretische Möglichkeit zur Mehrfachbeantwortung durch einzelne Personen gegeben. Daher habe man intern über mögliche Auswirkungen auf die Aussagekraft der Ergebnisse gesprochen, was die Veröffentlichung leider um einen Tag verzögert hätte. Die Ergebnisse würden nun allerdings sehr zeitnah allen Mitgliedern des Plenums veröffentlicht. Darüber hinaus würden solche Umfragen ab jetzt regelmäßig durchgeführt werden. Das Ergebnis der Befragung sei sehr negativ. Dies führe sie insbesondere darauf zurück, dass im Hauptamt vor allem der geplante Personalabbau sowie die Einsparungen in Verbindung mit der Reorganisation gebracht würden. Aus ihrer Sicht seien dies von der Reorganisation unabhängige Aktivitäten. In erster Linie diene die Reorganisation der Modernisierung der Handelskammer. Die Chancen, die für die Mitarbeiter in der Reorganisation liegen würden, müssten daher noch besser kommuniziert werden. Allerdings sei dies der Zeitpunkt mit der maximalen Verlustangst für die Mitarbeiter, da gleichzeitig noch nicht klar sei, was sie durch den Prozess gewinnen könnten. Daher sei es elementar wichtig, schnell Klarheit zu schaffen. Das Personaltableau sei beispielsweise fertig und liege derzeit dem Personalrat vor. Frau Degen betont, dass Anpassungen des Reorganisationsprozesses – wie im vorliegenden Antrag angeregt – jederzeit möglich wären. Es sei jedoch wichtig, dass die neue Struktur möglichst schnell umgesetzt werde, um die Unsicherheiten zu reduzieren. Hinsichtlich der Beraterverträge erklärt Frau Degen, dass bisher 330.000 bis 350.000 Euro für Pawlik ausgegeben worden seien. Die neue Ausschreibung fokussiere die weitere Prozessmodellierung sowie die Kulturänderung innerhalb des Hauptamtes. Die Auswahl der Berater sei durch ein aufwändiges Auswahlverfahren erfolgt. Auch für die juristische Begleitung der Vergabe sei viel Geld ausgegeben worden. Die Bindefrist für das abgegebene Angebot ende allerdings am 31. Dezember 2018, sodass der Zuschlag bis dann erfolgen müsse. Man könne allenfalls mit den Beratern vereinbaren, dass der Starttermin verschoben werde.

Herr Lintzen erfragt noch einmal, worin der Grund für die Unzufriedenheit des Präsidiums mit dem Prozess der Reorganisation liege. Frau Vizepäsidentin Stumpf erläutert daraufhin, dass einzelne Plenar- und Präsidiumsmitglieder die Unzufriedenheit der Mitarbeiter in Gesprächen registriert hätten. Aus ihrer Sicht verlaufe der Prozess jedoch sehr gut und sie ermutige alle Beteiligten, sich Beispiele gelungener Reorganisationen, wie die IHK Bochum, anzusehen. Hinsichtlich der neuen Beraterverträge betont Frau Vizepäsidentin Stumpf das mögliche finanzielle und juristische Risiko, das eintrete, wenn die Bindefrist nicht eingehalten werde.

Herr Vizepäsident Teichert führt aus, dass aus seiner Sicht die Kausalkette zwischen der Unzufriedenheit der Mitarbeiter und der Unzufriedenheit des Plenums nicht geklärt sei. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung würden allerdings zeigen, dass 79,44% der Teilnehmer keine positiven Auswirkungen der Reorganisation für die Handelskammer und 68,23% der Teilnehmer keine positiven Auswirkungen der Reorganisation für sich persönlich erwarten würden. 21,5% der Teilnehmer stünden dem Prozess neutral gegenüber. Das Urteil darüber, wie gut sich die Mitarbeiter informiert fühlen, fiel etwas milder aus. Dennoch sei mehr die Hälfte der Teilnehmer der Ansicht, dass sie nicht gut informiert würden. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer fühlten sich nicht motiviert, sich weiter in den Restrukturierungsprozess einzubringen. 24% würden sich allerdings gerne weiter einbringen.

Herr Pirck dankt Herrn Dr. Teichert für die Zahlen und entgegnet, er empfinde es als ein Übel, dass ihm Frau Degen die Ergebnisse der Umfrage im Vorfeld dieser Sitzung zugesichert habe, die Ergebnisse nicht geliefert worden seien und sich nun herausstelle, dass doch einzelne Mitglieder des Plenums die Ergebnisse kennen würden. Zudem sei es bei einem solch negativen Bild fahrlässig, den Prozess fortzusetzen und am heutigen Tage darüber zu entscheiden. Wenn 79,44% der Mitarbeiter, die zumeist große Erfahrung in der Kammerarbeit hätten, keine positiven Auswirkungen der Reorganisation sehen würden, müsse der Prozess grundlegend überprüft werden. Obwohl es in jeder Restrukturierung Kritiker gebe, sei dieses Ergebnis alarmierend. Denn die Mitarbeiter der Handelskammer seien diejenigen, die die neue Struktur umsetzen müssen und die Handelskammer wieder erstarren lassen sollen.

Frau Degen bedauert erneut, dass die Ergebnisse der Umfrage nicht zu einem früheren Zeitpunkt vorgelegen hätten und wiederholt die Erklärung dafür. Herr Pirck entgegnet, dass ihm von Frau Degen im November schriftlich versichert worden sei, die Ergebnisse innerhalb einer Woche zu erhalten. Herr Vizepräsident Mücke versichert, dass die Ergebnisse der Befragung in dem weiteren Prozess berücksichtigt würden. Dies stehe nicht im Widerspruch zu dem vorgelegten Antrag. Der Antrag diene lediglich dazu, dem neuen Präsidium keine Entscheidungen vorweg zu nehmen. Herr Pirck wiederholt, dass die Zahlen ein so negatives Bild zeichnen würden, dass der Prozess der Reorganisation als Ganzes überprüft werden müsse. Er verlange daher, dass das Thema in der Januar-Sitzung ausführlich behandelt werde und dazu ebenfalls der Personalrat gehört werde. Sollte das Präsidium damit einverstanden sein, würde er einen entsprechenden Antrag stellen. Heute dürfe über den weiteren Prozess keine vorschnelle Entscheidung getroffen werden. Frau Degen widerspricht dem. Aus allen Gesprächen mit den Mitarbeitern habe sie die klare Botschaft erhalten, dass die neue Struktur zeitnah implementiert werden solle, damit die Unsicherheit beendet werde.

Nachdem Herr Vizepräsident Mücke bekräftigt hat, den Antrag des Präsidiums bestehen zu lassen, stellt Herr Pirck den Änderungsantrag, ein Moratorium des Reorganisationsprozesses bis zur Neuwahl des Plenums zu verhängen.

Daraufhin stellt auch Frau Vizepräsident Stumpf einen Änderungsantrag, die Formulierung in Punkt 3 des Antrages zu verändern. Um das finanzielle und juristische Risiko einer Verletzung der Frist zur Unterzeichnung des neuen Beratervertrages zu reduzieren, solle sich „bemüht“ werden, keine neuen Beraterverträge zu unterzeichnen.

Frau Nissen-Schmidt unterstützt die Ausführungen von Herrn Pirck. Sie sei negativ überrascht von der Diskussion. Sie kenne eine Vielzahl von Change-Prozessen und habe darin große Erfahrung. Dass 80% der Mitarbeiter darüber ein negatives Bild hätten, sei für sie ein verheerendes Bild. Die Gründe dafür müssten in Ruhe geklärt werden und daher unterstütze sie den Änderungsantrag von Herrn Pirck.

Herr Falk greift die Kritik von Herrn Pirck und Frau Nissen-Schmidt auf und fragt die Mitglieder des Präsidiums, ob sie die Verantwortung für dieses Ergebnis übernehmen würden. Herr Dr. Vogelsang unterstützt die Kritik ebenfalls und zeigt sich entsetzt, wie Frau Vizepräsident Stumpf angesichts dieser Zahlen von einem gut laufenden Prozess sprechen könne. Auch er sei der Ansicht, dass man nun inne halten und den Prozess grundlegend überprüfen sollte. Eine Entscheidung über den weiteren Prozess könne heute nicht getroffen werden – vor allem angesichts der Tatsache, dass die Ergebnisse der Befragung nicht detailliert vorgestellt worden seien.

Im Folgenden erklärt Herr Klatt-Wenderodt im Namen des Personalrats, dass die Mitarbeiterbefragungen des Personalrats die Stimmung der Belegschaft zum Befragungszeitraum wiedergeben. An dieser Befragung hätten 105 Mitarbeiter teilgenommen, hiervon glaubten

79,44% dass die Reorganisation für die Kammer keine positiven Auswirkungen habe. Das Ergebnis würde – wie von Herrn Vizepräsidenten Dr. Teichert bereits präsentiert – die Unsicherheit und die Irritationen im Hauptamt widerspiegeln, die auch er und seine Kollegen im Personalrat wahrnehmen würden. Insgesamt scheine vielen Mitarbeitern das Ziel der Reorganisation nicht hinreichend klar zu sein.

Herr Jensen betont daraufhin, wie wichtig es sei, die Mitarbeiter in dem Prozess mitzunehmen. Seiner Ansicht nach würde eher ein Moderator als ein neuer Berater benötigt.

Herr Vizepräsident Elmendorf antwortet auf die Frage von Herrn Falk, dass sich das Präsidium der Verantwortung selbstverständlich stelle und die Verantwortung mit übernehmen würde. Darüber hinaus erklärt Herr Vizepräsident Elmendorf, dass es nie die Absicht des Präsidiums gewesen sei, sich nicht der Verantwortung zu stellen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schlägt Herr Vizepräsident Mücke daraufhin vor, zu den Abstimmungen überzugehen. Auf Nachfrage bestätigt Herr Pirck, dass er seinen Änderungsantrag hinsichtlich eines Moratoriums aufrechterhalte, da auf den Kompromissvorschlag, den Antrag des Präsidiums zurückzuziehen und die Januar-Sitzung für eine ausführliche Beratung zu nutzen, nicht eingegangen sei.

Das Plenum lehnt den Änderungsantrag von Herrn Pirck für ein Moratorium des weiteren Prozesses der Reorganisation bis zu kommenden Plenarwahl mit 9 Ja-Stimmen, 35 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ab.

Frau Vizepräsidentin Stumpf erläutert im Folgenden ihren Änderungsantrag. Das Hauptamt möge prüfen, ob die Beraterverträge später unterschrieben werden könnten. Herr Vizepräsident Dr. Teichert entgegnet daraufhin, dass diese Prüfung bereits stattgefunden hätte. Dies müsse dem Plenum transparent gemacht werden. Demnach müssten die Verträge bis zum 31. Dezember 2018 vor Ablauf der Bindefrist unterzeichnet werden. Daraufhin zieht Frau Vizepräsidentin Stumpf ihren Änderungsantrag zurück.

Herr Vizepräsident Mücke geht damit zur Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Holstein über. Herr Holstein lässt in diesem Zusammenhang im Protokoll vermerken, nicht in der Rednerliste der vorangegangenen Aussprache berücksichtigt worden zu sein.

Das Plenum lehnt den Änderungsantrag von Herrn Holstein für eine einzelne Abstimmung über die vier Punkte des Antrags des Präsidiums mit 21 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen ab.

Im Folgenden eröffnet Herr Vizepräsident Mücke die Abstimmung über den Antrag des Präsidiums.

Das Plenum stimmt dem Antrag des Präsidiums zur Reorganisation in der vorgelegten Fassung mit 28 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen zu.

d) Antrag von Herrn Pirck zum Thema Hamburg Summit – China meets Europe

Herr Pirck erläutert den von ihm eingebrachten Antrag. Der „Hamburg Summit“ sei ein Aushängeschild für den Standort Hamburg und die wichtigste Plattform für den sino-europäischen Dialog. Das Plenum habe sich in seiner November-Sitzung umfassend mit dem „Hamburg Summit“ beschäftigt und seine Bedeutung gewürdigt. Die Argumente müssten an dieser Stelle daher nicht wiederholt werden. Gerade vor dem Hintergrund der Seidenstraßen-Initiative und den gravierenden protektionistischen Tendenzen in der Weltwirtschaft, sei die Dialog-Idee des „Hamburg Summits“ aktueller und notwendiger denn je. Der Erste Bürgermeister habe gerade erst anlässlich der diesjährigen Veranstaltung ihre große Bedeutung für Hamburg betont. Daher sollte die Handelskammer ein klares Bekenntnis zu dem „Hamburg Summit“ abgeben und diesen auch zukünftig unterstützen, falls nicht das gesamte Budget durch Sponsoring-Einnahmen gedeckt werden könne. Darüber hinaus sichert eine unterstützende Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge auch, dass die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen „im Dialog der Großen“ artikuliert werden. Es darf nicht soweit kommen, dass die Unternehmen mit den größten Sponsoringpakten die Inhalte der Veranstaltung bestimmen.

Herr Vizepräsident Elmendorf unterstützt Herrn Pirck und führt aus, dass auch er den „Hamburg Summit“ als wichtiges Aushängeschild ansehe. Er unterstütze daher den Antrag von Herrn Pirck. Des Weiteren hätten Herr Pirck und er sich darauf geeinigt, den Antrag so umzuformulieren, dass die Vorbereitungen für den Summit im kommenden Jahr aus dem Gesamtetat 2019 finanziert werden könnten und es keine Erhöhung des Haushalts bedürfe. Herr Vizepräsident Elmendorf schlägt mit Zustimmung von Herrn Pirck daher vor, vor den Punkt 4 des Antrages von Herrn Pirck folgenden Einschub einzufügen: „Die Handelskammer Hamburg strebt an, auch im Jahr 2020 einen „Hamburg Summit“ auszurichten. Da für diese Vorbereitung bereits 2019 Ausgaben notwendig sind, sollen diese im Rahmen des Wirtschaftsplans 2019 erfolgen“. Der Rest des Antrages bliebe unverändert. Herr Perleberg ergänzt, dass auch er den Antrag grundsätzlich unterstütze, aber darum bitte, im Beschluss nicht von „China Summit“ oder „China meets Europe“ zu sprechen, um einem neuen Konzept nicht vorzugreifen und einer möglichen Öffnung für weitere asiatische Länder damit im Vorfeld auszuschließen. Er plädiere dafür, nur den Namen „Hamburg Summit“ im Antrag zu verwenden. Herr Holstein bekennt, dass er dem Summit anfangs sehr skeptisch und ablehnend gegenüber gestanden sei. Dieses Jahr habe er allerdings an der Veranstaltung teilgenommen und habe seine Meinung geändert. Daher schlage er vor, finanzielle Mittel einzuplanen, sodass das Organisationsteam mit den Planungen für den Gipfel im Jahr 2020 beginnen könne. Einen Blankoscheck zur Übernahme der Summit-Kosten durch die Handelskammer lehne er allerdings weiter ab. Daraufhin stellt Herr Vizepräsident Mücke den Antrag in der aktualisierten Fassung zur Abstimmung.

Das Plenum stimmt dem Antrag von Herrn Pirck zum Thema „Hamburg Summit“ mit 42 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen zu.

TOP 4 Haushaltsangelegenheiten

Wirtschaftsplan 2019

Herr Kornella stellt den Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation vor. Der Wirtschaftsplan, bestehend aus „Erfolgsplan“ und „Finanzplan“, sei gemäß § 2 des Finanzstatuts der Handelskammer Hamburg Bestandteil der Wirtschaftssatzung, die vom Plenum zu beschließen sei und die – auch mit der Festlegung der Beiträge – die Rechtsgrundlage für die Wirtschaftsführung der Handelskammer darstelle. Dem Wirtschaftsplan 2019 würden folgende Eckpunkte zu Grunde liegen:

- Erträge aus Beiträgen: Das Beitragsvolumen solle durch Einsparungen und Steigerungen von Einnahmen durch Gebühren und Entgelte gesenkt werden. Für das Jahr 2019 habe dies bezüglich der Beitragssätze allerdings noch keine Auswirkung. Diese blieben konstant gegenüber dem Vorjahr und würden mit 42 Millionen Euro festgesetzt. Die dadurch frei werdenden Mittel sollten über die Ergebnisverwendung im Wesentlichen der im Jahr 2018 stark reduzierten Zinsausgleichsrücklage zugeführt werden. Diese weise eine Unterdeckung auf, die ansonsten in den folgenden Jahren aus dem laufenden Haushalt finanziert werden müssten.
- Der Materialaufwand befinde sich trotz Preissteigerungen ungefähr auf Vorjahresniveau. Einsparungen seien durch hohe Fixkosten, zum Beispiel durch hoheitliche oder spezialgesetzliche Aufgaben, nur bedingt möglich.
- Personalaufwand: Die Einsparungen würden sich in 2019 fortsetzen. Zusätzlicher Aufwand entstehe durch weitere Maßnahmen im Bereich des Personalabbaus in Form des Altersteilzeitmodells (800.000 Euro) sowie eines Freistellungsmodells mit Abfindungen (700.000 Euro). Die durch diese Maßnahmen erzielten Einsparungen würden erst in den Jahren ab 2020 sichtbar werden.
- Sonstiger betrieblicher Aufwand: Dieser sinke um circa 9% gegenüber dem Vorjahr. Hauptsächlich in den Bereichen Bürobedarf, Marketing und Instandhaltungen.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert betont, dass der aufgezeigte Haushalt mit einem Beitragsvolumen in Höhe von 42 Millionen Euro solide finanziert sei und er diesen Entwurf ausdrücklich unterstütze. Er müsse jedoch hervorheben, dass dieser Haushalt – zusammen mit dem gefassten Beschluss zur „Roadmap“ (siehe Tagesordnungspunkt 8a) – eine Abkehr vom 60/40/20-Ziel sei. Sollte der Wirtschaftsplan beschlossen werden, seien diese Ziele Makulatur.

Frau Nissen-Schmidt erkundigt sich nach dem Grund für die Abweichung der Beitragserträge, deren Prognose für das Jahr 2018 um 1,7 Millionen Euro nach unten korrigiert werden musste. Ihrer Meinung nach müsse eine Methode gesucht werden, dies in Zukunft präziser zu berechnen, um wirtschaftliche Risiken zu reduzieren. Darüber hinaus sei sie irritiert, dass der Beitragsrückerstattung im November eine im Nachhinein zu hohe Prognose zu Grunde gelegen habe, die nun nach nur einem Monat nach unten korrigiert werden müsse. Zudem bittet Frau Nissen-Schmidt darum transparent zu machen, wie hoch der absolute Betrag der Beitragsrückerstattung letztendlich ausgefallen sei. Weiterhin geht Frau Nissen-Schmidt auf die Aufwendungen für Fremdleistungen ein und erfragt, warum diese nun höher ausfallen würden. Sollte dies in einer Verschiebung eines Projektes von 2018 auf 2019 begründet sein, fehle ihr dieser Effekt in dem Nachtragswirtschaftsplan 2018, der zugegebenermaßen weniger detailliert aufgeführt sei. Des Weiteren geht Frau Nissen-Schmidt auf die maximale Schadenssumme in Höhe von 5,6 Millionen Euro ein. Diese Summe habe im Jahresab-

schluss 2017 noch 18,4 Millionen Euro betragen. Ihr fehle die Begründung für die große Veränderung. Das Zinsänderungsrisiko der Pensionsverpflichtungen sei im Jahresabschluss vom 31. Dezember 2017 zu 100 Prozent durch eine entsprechende Rücklage gedeckt gewesen, dies sei nun nicht mehr der Fall. Es sei allerdings kein Zinsänderungsrisiko bei der Berechnung der Ausgleichsrücklage angesetzt worden. Frau Nissen-Schmidt fragt daher, ob dies nicht hätte geschehen müssen.

Herr Dr. Mecke fragt nach den Gründen, warum die Zahlungen für die Prüferentschädigungen rückläufig seien. Seiner Meinung nach dürfe hier nicht gespart werden. Herr Grams informiert, dass dies lediglich an den rückläufigen Ausbildungszahlen liege. Dadurch verzeichne ebenfalls die Summe der gezahlten Entschädigungen einen Rückgang. Die Entschädigungen an sich seien für die Prüfer konstant geblieben.

Herr Kornella führt hinsichtlich der Nachfragen von Frau Nissen Schmidt aus, dass die Prognose erneut korrigiert werden musste, da die letzten Zahlen erst im November vorgelegt hätten. Zudem hätte eine Fehlbuchung einen Schätzfehler verursacht. Die dafür vorgesehene Ausgleichsrücklage, die dies hätte abfedern können, betrage aber momentan null Euro. Die gesunkene Obergrenze des Risikotools sei darin begründet, dass große finanzielle Risiken durch Beitragsklagen und die damit verbundene Beitragserstattung entschieden seien. Dadurch sinke das Risiko insgesamt – hinsichtlich der Finanzierung der Zinsausgleichsrücklage – stimme er Frau Nissen-Schmidt zu, da diese im Moment nicht mehr das gesamte Zinsänderungsrisiko der Pensionen umfasse. In der mittelfristigen Finanzplanung müsse daher entschieden werden, durch welche Mittel diese wieder aufgefüllt werden solle. Die Überlegungen dazu müssten im Innenausschuss diskutiert werden. Die Beitragserstattungen würden im Jahresabschluss transparent gemacht werden. Die Verschiebung eines Projekts würde das Projekt „Meine HK“ betreffen, das bereits durch eine Rücklage im Jahr 2018

finanziert gewesen sei. Da die Mittel im Jahr 2018 nicht komplett ausgeschöpft worden seien, finde sich dies im Wirtschaftsplan 2019 wieder.

Im Folgenden eröffnet Herr Vizepräsident Mücke die Abstimmung über den Wirtschaftsplan 2019.

Das Plenum beschließt den Wirtschaftsplan 2019 laut anhand der Beschlussempfehlung mit 42 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

TOP 5 Wahl eines Vorsitzenden für den Ausschuss für Umwelt

Herr Vizepräsident Mücke erläutert den Mitgliedern des Plenums, dass für den Vorsitz des Ausschusses für Umwelt zwei Kandidatinnen und ein Kandidat zur Wahl stehen würden. Es würde sich um Frau Beckmann, Frau Dr. Griefahn und Herrn Schweikert handeln. Gemäß § 7 Absatz 5 Satz 1 der Satzung der Handelskammer entscheidet bei dieser Wahl die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit bittet Herr Vizepräsident Mücke die Kandidatinnen und den Kandidaten, sich kurz vorzustellen.

Frau Beckmann geht kurz auf ihren bisherigen Lebenslauf ein und betont, dass sie sich in Zukunft vorstellen könne, einen Ausschuss auch als Team zu leiten, falls sich mehrere Kandidaten für einen Ausschuss-Vorsitz interessieren würden. Frau Dr. Griefahn betont, dass sie die Unternehmen als Quelle von Innovationen ansehe und die Kooperation mit der Politik weiter fördern wolle. Herr Schweikert verweist darauf, bereits seit vielen Jahren

Mitglied des Ausschusses zu sein und diese Arbeit gerne als Vorsitzender fortsetzen zu wollen.

Im Folgenden eröffnet Herr Vizepräses Mücke die Abstimmung über den Ausschuss-Vorsitz und betont, dass die Wahl anonym durchgeführt werde.

Die Wahl eines Vorsitzenden für den Ausschuss für Umwelt ergibt folgendes Ergebnis:

Frau Beckmann: 11 Stimmen

Frau Dr. Griefahn: 21 Stimmen

Herr Schweikert: 8 Stimmen

Keine der Kandidaten: 4 Stimmen

Herr Vizepräses Mücke erläutert, dass Frau Dr. Griefahn zwar die meisten Stimmen erhalten habe, jedoch nicht die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Auf Nachfrage von Herrn Vizepräses Mücke erklären Frau Beckmann und Herr Schweikert daraufhin ihren Verzicht auf eine Kandidatur in einem erneuten Wahlgang. Herr Vizepräses Mücke fasst somit zusammen, dass damit lediglich Frau Dr. Griefahn in einem weiteren Wahlgang zur Wahl stehe.

Der zweite Wahlgang zur Wahl eines Vorsitzenden für den Ausschuss für Umwelt ergibt folgendes Ergebnis:

Frau Dr. Griefahn: 31 Stimmen

Keine der Kandidaten: 11 Stimmen

Herr Vizepräses Mücke verkündet das Ergebnis und gratuliert Frau Dr. Griefahn zur Wahl.

TOP 6 Berichte

a) Berichte des Präses und des Präsidiums

Herr Vizepräses Mücke führt aus, dass es im Jahr 2018 drei Hinweise auf Compliance Fälle gegeben hätte. Diese seien von der zuständigen Stelle bearbeitet und allesamt entkräftet worden.

b) Bericht zu Plan A / Ausbildungsfonds

Herr Vizepräses Mücke berichtet, dass der Ausbildungsfonds bereits einen Umfang von 260.000 Euro aufweise. Er danke allen Spendern, es handle sich dabei vor allem um kleine und mittelständische Unternehmen.

c) Berichte aus den Ausschüssen

Herr van der Schalk berichtet von der letzten Sitzung des Ausschusses für Hafen und Schifffahrt am 22. November 2018, zu der er aufgrund des im Oktober-Plenum beschlossenen Antrags für ein Hafen-Gutachten Frau Arova und Herrn Korff eingeladen hatte. Die Diskussion im Fachausschuss habe unter Einbeziehung der Antragstellerin zu einer einvernehmlichen Empfehlung geführt, die er dem Präses mit Schreiben vom 3. Dezember 2018 übermittelt habe. Darin habe er darum gebeten,

die Initiative zunächst aufzuschieben und die Notwendigkeit einer Potenzialanalyse Ende 2019 erneut zu diskutieren; sowohl das ISL/Fraunhofer CML als auch voraussichtlich die HPA würden im Laufe des kommenden Jahres entsprechende Analysen auch für den Hamburger Hafen veröffentlichen, die möglicherweise eine eigene budgetintensive Beauftragung überflüssig machen. Eine erneute Diskussion des Vorhabens zunächst im Fachausschuss sei daher nach Veröffentlichung der genannten Studien wünschenswert.

Das Plenum nimmt das vorgeschlagene Vorgehen wohlwollend zur Kenntnis.

d) Bericht der Hauptgeschäftsführerin

Herr Vizepräsident Mücke kündigt an, dass dieser Tagesordnungspunkt, der vor allem den Geschäftsbericht der Hauptgeschäftsführerin über das Jahr 2018 beinhaltet, auf die Sitzung des Plenums im Februar vertagt werde.

e) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Herr Perleberg berichtet von der sehr interessanten und guten Vorstellung der Mitgliederzufriedenheitsstudie. Er habe die geringe Teilnahme der Plenarmitglieder bedauert und wünsche sich bei zukünftigen Veranstaltungen dieser Art eine höhere Teilnahme.

f) Bericht der Wirtschaftsunioren

Dieser Tagesordnungspunkt wird wie in Tagesordnungspunkt 2 angekündigt auf die Sitzung des Plenums im Februar 2019 vertagt.

TOP 7 Positionierung zum Thema Uploadfilter

Dieser Tagesordnungspunkt wird in Absprache mit Frau Vizepräsidentin Stumpf auf die Sitzung des Plenums im Februar 2019 vertagt.

TOP 8 Anträge

- b) Dieser Tagesordnungspunkt wird wie in Tagesordnungspunkt 2 angekündigt auf die Sitzung des Plenums im Februar 2019 vertagt.
- c) Dieser Tagesordnungspunkt wird wie in Tagesordnungspunkt 2 angekündigt auf die Sitzung des Plenums im Februar 2019 vertagt.

TOP 9 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Frau Wendt-Heinrich im Rahmen der Wahl eines Vorsitzenden für den Ausschuss für Umwelt erklärt Herr Lorenzen, dass er nach seinem Wechsel in die Bürgerschaft bewusst jegliche Interessenkonflikte vermeiden wolle. Daher habe er sich aus allen Ausschüssen zurückgezogen. Lediglich sein Plenarmandat habe er nicht abgegeben, dies sei jedoch auch parallel zulässig. Bei Abstimmungen werde er sich im Zweifel enthalten. Langfristig wolle er ebenfalls sein Plenarmandat aufgeben, im Moment wirke er jedoch in der Satzungskommission mit. Diese Arbeit stehe in keinerlei Interessenskonflikt und er möchte diese noch abschließen. Danach werde er auch aus dem Plenum zurücktreten.

Herr Vizepräsident Mücke beendet die Sitzung um 18.50 Uhr und lädt die Mitglieder und Gäste des Plenums zur anschließenden Langen Nacht ein.

Hamburg, den 20. Dezember 2018



Christi Degen
Hauptgeschäftsführerin

Anlagen:

1. Protokoll der Sitzung vom 1. November 2018 zu TOP 1
2. Antrag von Herrn Dr. Killinger zu Personalangelegenheiten zu TOP 3
3. Plenarpräsentation sowie Wirtschaftsplan 2019 zu TOP 4
4. Antrag des Präsidiums zur Reorganisation zu TOP 8a
5. Antrag von Herrn Pirck zum Thema Hamburg Summit – China meets Europe zu TOP 8d